

Protokoll – öffentlicher Teil

78. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes

Sitzungstermin:	Dienstag, 09.04.2024
Sitzungsbeginn:	18:10 Uhr
Sitzungsende:	21:35 Uhr
Ort, Raum:	Raum "Sanssouci", Edisonallee 5 - 9, 14473 Potsdam

Anwesend

Vorsitz

Lars Eichert CDU Leitung der Sitzung

Mitglieder

Alexander Dietmar Wietschel Freie FRAKTION ab 19.00 Uhr - TOP 4.8 - Vertretung für:
Andreas Menzel

Saskia Hüneke Bündnis 90/Die Grünen

Pete Heuer SPD ab 18.58 Uhr - TOP 4.8

Babette Reimers SPD

Andreas Walter Bündnis 90/Die Grünen Vertretung für: Dr. Gert Zöller

Dr. Anja Günther Die Linke

zusätzliches Mitglied

Dr. phil. Wieland Niekisch Mitten in Potsdam

Ralf Jäkel Potsdam sozial gerecht bis 21.27 Uhr - TOP 7

sachkundige Einwohner

Fedor Nocke Freie FRAKTION

Ken Gericke Bündnis 90/Die Grünen

Horst Heinzl BürgerBündnis

Lars Selwig SPD

Beigeordnete

Bernd Rubelt

Vertreter der Beiräte

Birgit Böhme Beirat für Menschen mit
Behinderung

Dr. Ursula Zufelde Seniorenbeirat

Abwesend

Mitglieder

Eric Blume	DIE aNDERE	entschuldigt
Andreas Menzel	Freie FRAKTION	entschuldigt
Dr. Gert Zöllner	Bündnis 90/Die Grünen	entschuldigt
Chaled-Uwe Said	AfD	entschuldigt

sachkundige Einwohner

Willo Göpel	CDU	nicht teilgenommen
Stefan Matz	BI Fahrland	nicht teilgenommen
Steffen Pfrogner	DIE aNDERE	entschuldigt
Holger Reinhard Rohde	Freie Demokraten	nicht teilgenommen

Gäste

Herr Wolfram	FB Stadtplanung	Zu TOP 4.1, 4.10 und 7
Herr Frerichs	Wirtschaftsförderung	Zu TOP 6.2
Herr Franke	FB Bauen, Denkmalschutz, Vermessung und Geoinformation	Zu TOP 5.1 und 6.1
Frau Dr. Palenberg	Büro für Chancengleichheit und Vielfalt	Zu TOP 4.7 und 4.9
Herr Schmäh	FB Klima, Umwelt und Grünflächen	Zu TOP 4.5
Frau Waberski	Bereich Stadtraum Süd- West	Zu TOP 4.8
Herr Brinkkötter	Bereich Stadtraum Süd- West	Zu TOP 5.2
Herr Friederich	AG Innenstadt	Rederecht zu TOP 6.2
Frau von La Chevallerie	Gewerbetreibende Innenstadt	Rederecht zu TOP 6.2

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung

- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

- 3 Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen das Protokoll der Sitzung vom 12.03.2024

- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

4.1	Werbesatzung der Landeshauptstadt Potsdam überarbeiten <i>Fraktion CDU</i> <i>(Wiedervorlage)</i>	23/SVV/1296
4.1.1	Werbesatzung der Landeshauptstadt Potsdam überarbeiten <i>Fraktion CDU</i> <i>(Wiedervorlage)</i>	23/SVV/1296-01
4.2	Bebauungsplan Nr. 157-2 "Neue Mitte Golm" (Süd-Ost), Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses sowie Flächennutzungsplan-Änderung "Neue Mitte Golm" (18/17), Aufhebung des Änderungsbeschlusses <i>Oberbürgermeister, FB Stadtplanung</i> <i>(2. Lesung)</i>	24/SVV/0024
4.3	Bebauungsplan Nr. 178 "Bahnhofsumfeld Golm", Aufstellungsbeschluss sowie Flächennutzungsplan-Änderung "Bahnhofsumfeld Golm" (29/23) <i>Oberbürgermeister, FB Stadtplanung</i> <i>(2. Lesung)</i>	24/SVV/0025
4.4	Aufhebung der Satzung über das besondere Vorkaufsrecht nach § 25 des Baugesetzbuchs für Grundstücke im östlichen Teilbereich des Bebauungsplans Nr. 157 "Neue Mitte Golm" sowie Satzung über das besondere Vorkaufsrecht nach § 25 des Baugesetzbuchs für Grundstücke im Bereich des Bebauungsplans Nr. 178 "Mitte Golm" <i>Oberbürgermeister, FB Stadtplanung</i> <i>(2. Lesung)</i>	24/SVV/0026
4.5	Zukunftsprogramm für Jugendfreizeitflächen <i>Fraktion SPD; Fraktion Die Linke</i> <i>(Wiedervorlage)</i>	24/SVV/0216
4.6	Einplanung Sondergebiet gem. § 11 BauNOV im B-Plan 19 <i>Fraktion Mitten in Potsdam</i>	24/SVV/0078
4.7	Verabschiedung des Integrationskonzeptes der Landeshauptstadt Potsdam 2024 - 2028 <i>Oberbürgermeister, Büro für Chancengleichheit und Vielfalt</i>	24/SVV/0093
4.8	Prüfung eines Aufstellungsbeschlusses für die Kaiser-Friedrich- Straße 1-2 <i>Fraktion Die Linke</i>	24/SVV/0198
4.9	MBSFilialenereicherkeitsverbesserungsbeschluss <i>Fraktion Freie FRAKTION</i>	24/SVV/0222
4.10	Kapazitätsbedarf in der Bauverwaltung <i>Fraktion CDU</i>	24/SVV/0230

- 4.11 Wirtschaftspläne 2024 der Unternehmen, an denen die
Landeshauptstadt Potsdam mit mehr als 50 % beteiligt ist
*Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Finanzen, Investitionen
und Controlling*
(Mitteilungsvorlage) 24/SVV/0153
- 5 Mitteilungen der Verwaltung
- 5.1 Berichterstattung zur Verstärkung der Klimaschutzziele in der
Stadtentwicklung
(gem. DS 22/SVV/1001)
*Fachbereich Bauen, Denkmalschutz, Vermessung und
Geoinformation*
- 5.2 Berichterstattung zum Beschluss des Antrages "Arbeitsgruppe
"Golmer Mitte" zur Umsetzung der im Rahmenplan Golm 40
aufgezeigter Handlungsfelder und Maßnahmen (DS
23/SVV/0357) - Ergebnisse der Voruntersuchung
Fachbereich Stadtplanung
- 5.3 Information zu Golm Nord - Zustimmungsverfahren LSG
Fachbereich Stadtplanung
- 6 Informationen zu Nachfragen von Ausschussmitgliedern
- 6.1 Sachstand Kino Charlott (Frau Dr. Günther)
- 6.2 Zwischenbericht zum Sachstand Weihnachtsmarkt (Frau Dr.
Günther)
- 7 Sonstiges

Nichtöffentlicher Teil

- 8 Feststellung der nicht öffentlichen Tagesordnung
- 9 Vorstellung von Bauvorhaben

Protokoll

Öffentlicher Teil

1 Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende, Herr Eichert, begrüßt die Mitglieder und eröffnet die Sitzung.

2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Der Vorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit mit 5 von 9 stimmberechtigten Mitgliedern fest.

Zur Tagesordnung ergehen folgende Hinweise:

- Die Tagesordnungspunkte (TOP) 4.2 Bebauungsplan Nr. 157-2 Neue Mitte Golm (...), 4.3 Bebauungsplan Nr. 178 Bahnhofsumfeld Golm (...) und 4.4 Aufhebung der Satzung über das besondere Vorkaufsrecht (...) für Grundstücke im östlichen Teilbereich des Bebauungsplans Nr. 157 Neue Mitte Golm (...) bittet die Verwaltung zurückzustellen und in der Sitzung am 7.5.2024 abschließend zu behandeln: Grund ist eine weitere Behandlung der Vorlagen sowie die Beantwortung von Nachfragen im Ortsbeirat Golm am 25.4.2024
- Den TOP 4.6 Einplanung Sondergebiet gem. § 11 BauNOV im B-Plan 19 bittet der Antragsteller bis zur nächsten Sitzung zurückzustellen, um noch einige fachliche Grundlagen des Antrages zu prüfen
- Der Vorsitzende informiert, dass unter dem TOP Sonstiges zu verschiedenen Themen informiert wird.

Die so geänderte Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

Anträge auf Rederecht liegen vor zum TOP 6.2 für

- Herrn Friederich (Fraktion Mitten in Potsdam sowie Vorsitzender der AG Innenstadt)
- Frau von La Chevallerie (Gewerbetreibende Innenstadt)

Nach kurzer Verständigung wird die Gewährung der Rederechte bestätigt.

3 Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen das Protokoll der Sitzung vom 12.03.2024

ungeändert beschlossen

Zur Niederschrift der Sitzung vom 12.03.2024 liegen keine Hinweise vor.

Die Niederschrift wird mit 1 Stimmenthaltung bestätigt.

4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

Herr Eichert bringt namens der antragstellenden Fraktion folgende neue Fassung ein, welche mit der Verwaltung abgestimmt ist:

„Der Oberbürgermeister wird beauftragt, darzustellen,

1. welche rechtlichen Änderungen die aktuell gültigen Werbesatzungen betreffen und
2. welche Möglichkeiten es aus Sicht der Verwaltung unter Berücksichtigung der Rechtshierarchie gibt, moderne Werbesatzungen zugeschnitten auf die einzelnen Stadtteile zu entwickeln, **ggf. auch in Verbindung mit anderen Instrumenten.**
3. **In der Darstellung soll auch eine Abschätzung zum Aufwand möglicher Veränderungen und ein Vorschlag zu einem Beteiligungsverfahren erfolgen.**
4. Dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raums ist **im dritten Quartal 2024** das Ergebnis der Prüfung vorzustellen.“

Herr Wolfram (Fachbereich Stadtplanung) macht aufmerksam, dass es nicht nur eine Werbesatzung in der LHP gebe, sondern mehrere und die hier vorgeschlagene neue Fassung umsetzbar wäre.

Herr Eichert bestätigt auf Nachfrage, dass das Thema Sondernutzung Straßenland auch Auslöser für diesen Antrag gewesen ist. Es ist Zeit die Werbesatzungen, einschließlich der Orientierung an solchen Problemfällen, zu überarbeiten.

Der Vorsitzende stellt die neue Fassung des Antrages zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die neue Fassung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, darzustellen,

1. welche rechtlichen Änderungen die aktuell gültigen Werbesatzungen betreffen und
2. welche Möglichkeiten es aus Sicht der Verwaltung unter Berücksichtigung der Rechtshierarchie gibt, moderne Werbesatzungen zugeschnitten auf die einzelnen Stadtteile zu entwickeln, **ggf. auch in Verbindung mit anderen Instrumenten.**
3. **In der Darstellung soll auch eine Abschätzung zum Aufwand möglicher Veränderungen und ein Vorschlag zu einem Beteiligungsverfahren erfolgen.**

Dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raums ist **im dritten Quartal 2024** das Ergebnis der Prüfung vorzustellen.“

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 5
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 0

4.1. Werbesatzung der Landeshauptstadt Potsdam überarbeiten
1**23/SVV/1296-01**
geändert beschlossen

Siehe Tagesordnungspunkt 4.1.

4.2 Bebauungsplan Nr. 157-2 "Neue Mitte Golm" (Süd-Ost), Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses sowie Flächennutzungsplan-Änderung "Neue Mitte Golm" (18/17), Aufhebung des Änderungsbeschlusses**24/SVV/0024**
vertagt

Der Tagesordnungspunkt wird auf die Sitzung am 7.5.2024 zurückgestellt (siehe Abstimmung zur Tagesordnung).

4.3 Bebauungsplan Nr. 178 "Bahnhofsumfeld Golm", Aufstellungsbeschluss sowie Flächennutzungsplan-Änderung "Bahnhofsumfeld Golm" (29/23)**24/SVV/0025**
vertagt

Der Tagesordnungspunkt wird auf die Sitzung am 7.5.2024 zurückgestellt (siehe Abstimmung zur Tagesordnung).

4.4 Aufhebung der Satzung über das besondere Vorkaufsrecht nach § 25 des Baugesetzbuchs für Grundstücke im östlichen Teilbereich des Bebauungsplans Nr. 157 "Neue Mitte Golm" sowie Satzung über das besondere Vorkaufsrecht nach § 25 des Baugesetzbuchs für Grundstücke im Bereich des Bebauungsplans Nr. 178 "Mitte Golm"**24/SVV/0026**
vertagt

Der Tagesordnungspunkt wird auf die Sitzung am 7.5.2024 zurückgestellt (siehe Abstimmung zur Tagesordnung).

4.5 Zukunftsprogramm für Jugendfreizeitflächen**24/SVV/0216**
geändert beschlossen

Die nochmalige Einbringung wird nicht gewünscht.

Herr Schmäh (Fachbereich Klima, Umwelt und Grünflächen) nimmt anhand einer Präsentation, welche dem TOP im Ratsinformationssystem als Anlage beigefügt wird, zum Antrag Stel-

lung und geht auf verschiedene Rückfragen ein.

Frau Hüneke informiert, dass der Finanzausschuss den Antrag in einen Prüfauftrag umgewandelt habe und empfiehlt die Übernahme der Fassung aus dem Finanzausschuss.

Frau Dr. Günther spricht sich namens der mitantragstellenden Fraktion eher gegen einen Prüfauftrag aus.

Durch den Vorsitzenden wird aufmerksam gemacht, dass die Prüfung erst den zweiten Teil des Antrages betreffe und der Umsetzung des ersten Teils nichts im Wege stehen würde.

Frau Reimers spricht sich namens der mitantragstellenden Fraktion für die Übernahme des Prüfauftrages als Konkretisierung aus.

Der Vorsitzende stellt die Fassung aus dem Finanzausschuss zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt für die Herstellung und Sanierung von Jugendfreizeitflächen ein Investitionsprogramm**konzept** für die Jahre 2025 bis 2029 aufzustellen.

Dieses soll ~~Das Zukunftsprogramm beinhaltet~~ folgende prioritäre Investitionsmaßnahmen **betrachten:**

- (1) Herstellung der „Jugendaktionsfläche Nuthepark“
- (2) Herstellung des Skaterparks unter der Nutheschnellstraße inklusive eines Gestaltungswettbewerbs, sowie die Sanierung des Skaterparks im Lindenpark
- (3) Herstellung Jugendsportpark Marquardter Chaussee und „Pumptrack Kantstraße“
- (4) Herstellung von Jugendfreizeitangeboten im Bereich Bornstedter Feld, insbesondere eine „Pumptrackanlage“
- (5) Sanierung der Spielwelten / Spielplätze im gesamten Stadtgebiet, insbesondere Urwaldspielplatz Kiefernring, Spl. Max-Born-Straße und Spl. Gaußstraße
- (6) Weiterhin ist prioritär bis zum 30.09.2024 zu prüfen, wie die Maßnahme „Sanierung Jugendfreizeitstätte Ribbeckeck“ in das Zukunftsprogramm einbezogen werden kann.

Darüber hinaus sind weitere Maßnahmen aus dem STEK Spielflächen zu prüfen, ob in dem genannten Zeitraum eine Umsetzung ermöglicht werden kann.

Für das **Konzept sollen** ~~Zukunftsprogramm ist ein Haushaltsansatz zu bilden, welches aus den folgenden~~ **finanzielle** Quellen **geprüft werden** ~~finanziert wird:~~

- Vor dem Hintergrund des Abschlusses der Sanierungsmaßnahme Babelsberg sollen aus den Überschüssen von 2025 bis 2029 jährlich mindestens 1,25 Mio. EURO für das Sondervermögen bereitgestellt werden.
- Aus dem Investitionshaushalt der LH Potsdam sollen von 2025 bis 2029 jährlich zusätzlich mindestens 1,25 Mio. EURO, über die bereits in der mittelfristigen Finanzplanung vorgesehenen Maßnahmen hinaus, bereitgestellt werden.
- Diejenigen Mittel, die nicht für die Geflüchtetenunterkunft Nedlitzer Holz benötigt wer-

den, sind bis zu einer Höhe von 3,5 Mio. EURO den Mitteln zur Finanzierung der Vorhaben umzuwidmen

- Weitere Finanzierungsmöglichkeiten für die Folgejahre sind zu prüfen und aufzuzeigen, so z.B. aus bisher noch nicht in genauer Höhe benennbaren Finanzierungsquellen, wie der sog. „Solar-Euro“ oder weitere finanzielle Beteiligungen der Kommune an Einnahmen aus Erneuerbaren Energien (Windenergie etc.) sowie im Rahmen der Entwicklungsmaßnahme Bornstedter Feld.

Über die Finanzierung und Ausgestaltung informiert der Oberbürgermeister die Stadtverordnetenversammlung noch im 2.4. Quartal 2024.

Darüber hinaus erfolgt ab 2025 eine jährliche Berichterstattung durch den Oberbürgermeister, jeweils im ersten Quartal des Jahres, über die Finanzierungsmöglichkeiten/-quellen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: **4**

Ablehnung: **0**

Stimmenthaltung: **1**

Anlage 1 TOP 4.5 Präsentation (öffentlich)

4.6 Einplanung Sondergebiet gem. § 11 BauNOV im B-Plan 19

24/SVV/0078
vertagt

Der Tagesordnungspunkt wird bis zur nächsten Sitzung zurückgestellt (siehe Abstimmung zur Tagesordnung).

**4.7 Verabschiedung des Integrationskonzeptes der Landeshauptstadt
Potsdam 2024 - 2028**

24/SVV/0093
ungeändert beschlossen

Frau Dr. Palenberg (Büro für Chancengleichheit und Vielfalt) bringt die Vorlage ein und informiert, dass der Geschäftsbereich Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Umwelt durch die Vorlage nicht tangiert ist.

Der Vorsitzende stellt die Vorlage zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

EINE Stadt für ALLE - Integrationskonzept der Landeshauptstadt Potsdam 2024-2028

Der Maßnahmenplan zum Integrationskonzept wurde in einem breiten Beteiligungsprozess mit Verwaltung, Politik und zivilgesellschaftlichen Akteur*innen im Jahr 2023 erarbeitet.

Mit dem neuen Integrationskonzept liegt eine übergeordnete Strategie für Integrationsprozesse in der Landeshauptstadt Potsdam vor, verbunden mit eindeutig formulierten Zielen und wirkungsvollen Maßnahmen. Diese Maßnahmen sollen, in einem dem Konzept anhängenden Maßnahmenkatalog, als verbindliche Instrumente dazu dienen, die Strategie der LHP nachhaltig und bedarfsorientiert zu verfolgen und umzusetzen.

Die Maßnahmen sind ausnahmslos mit Verantwortlichkeiten versehen und gegebenenfalls mit Budget untersetzt, um zielgenau umgesetzt werden zu können. Die entsprechenden Ziele sind klar definiert, messbar und terminiert (SMART-Ziele).

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 4
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 1

4.8 Prüfung eines Aufstellungsbeschlusses für die Kaiser-Friedrich-Straße 1-2

24/SVV/0198
erledigt

Frau Dr. Günther bringt den Antrag ein.

Frau Waberski (Bereich Stadtraum Süd-West) nimmt für die Verwaltung Stellung und stellt die rechtliche Situation anhand einer Präsentation (im Ratsinformationssystem dem TOP als Anlage beigefügt) vor und geht auf Rückfragen ein.

Herr Jäkel äußert, dass die Akzeptanz des Landschaftsschutzgebietes notwendig sei und der Ortsbeirat Eiche sich dazu bekannt habe, das LSG-Gebiet zu belassen und die Bebauung davor einzuordnen.

Herr Jäkel beantragt folgende Änderung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die rechtliche Situation zur Kaiser-Friedrich-Straße 1-2 zu prüfen und abschließend zu klären. Auf der Basis dieser rechtlichen Klärung soll den Stadtverordneten zur Entscheidung über einen Aufstellungsbeschluss mitgeteilt werden, ob die städtebauliche Ordnung mit einem Aufstellungsbeschluss für einen B-Plan ~~gewährleistet werden muss~~ **unterstützt werden kann**. Dem SBWL ist im April 2024 zu berichten.

Frau Reimers spricht gegen den Änderungsvorschlag.

Herr Wolfram (Fachbereich Stadtplanung) empfiehlt keine Aufstellung eines Bebauungsplanes und geht nochmals detailliert darauf ein.

Herr Heuer stellt aufgrund der bereits erfolgten Berichterstattung den Antrag auf Feststellung der Erledigung.

Herr Jäkel hält an seinem Änderungsantrag fest.

Der Vorsitzende stellt den Antrag auf Feststellung der Erledigung zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen.

4.9 MBSFilialenereicherbarkeitsverbesserungsbeschluss

24/SVV/0222
erledigt

Herr Wietschel bringt den Antrag ein und sieht nicht, wie im GSWI-Ausschuss, die Feststellung der Erledigung.

Frau Dr. Palenberg (Büro für Chancengleichheit und Vielfalt) nimmt in Vertretung für Frau Dr. Denninger für die Verwaltung Stellung. Sie berichtet, dass der Einbau eines normalen Fahrstuhls im Mai 2024 erfolgen wird und damit die barrierefreie Erreichbarkeit gegeben ist. Von daher wird um Feststellung der Erledigung gebeten.

Herr Wietschel verweist auf die Qualität des öffentlichen Raumes und die Notwendigkeit des barrierefreien Zugangs. Er wirbt dafür, den Beschluss trotz der Ausführungen von Frau Dr. Palenberg zu fassen, um ein Zeichen zu setzen.

Frau Böhme bestätigt u.a., dass Frau Dr. Denninger bereits seit längerem mit der MBS im Kontakt stehe und sich der Fahrstuhl bereits im Bau befindet.

Frau Hüneke beantragt die Feststellung der Erledigung.

Der Vorsitzende stellt den Antrag auf Feststellung der Erledigung zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: mit 6:1:0 angenommen.

4.10 Kapazitätsbedarf in der Bauverwaltung

24/SVV/0230
erledigt

Herr Eichert bringt den Antrag ein.

Herr Wolfram (Fachbereich Stadtplanung) nimmt für die Verwaltung anhand einer Präsentation, welche dem Tagesordnungspunkt im Allris als Anlage beigefügt wird, Stellung und geht auf Nachfragen ein.

In der sich anschließenden Diskussion werden verschiedene Themen, u.a. wie Digitalisierung, Dauer von Vergabeverfahren, Zentralisierung der Vergabestelle, Fachkräftemangel oder politische Prozesse angesprochen.

Die Angabe, wie viele Verfahren durch die LHP selbst geführt und wie viele extern vergeben werden, wird von der Verwaltung nachgereicht.

Herr Gericke beantragt die Feststellung der Erledigung.

Abstimmungsergebnis: mit 5:1:1 angenommen.

Anlage 1 Präsentation (öffentlich)

4.11 Wirtschaftspläne 2024 der Unternehmen, an denen die Landeshauptstadt Potsdam mit mehr als 50 % beteiligt ist

24/SVV/0153
zur Kenntnis genommen

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes nimmt die Mitteilungsvorlage 24/SVV/0153 zur Kenntnis.

5 Mitteilungen der Verwaltung

5.1 Berichterstattung zur Verstärkung der Klimaschutzziele in der Stadtentwicklung

(gem. DS 22/SVV/1001)

zur Kenntnis genommen

Herr Franke (Fachbereich Bauen, Denkmalschutz, Vermessung und Geoinformation) erinnert, dass die LHP beauftragt worden ist, sich unter den aktuellen Anforderungen der klima- und umweltgerechten Stadtentwicklung mit den Zielen des Klimaschutzes und des Denkmalschutzes in einem fachlichen Diskurs auseinanderzusetzen. In Umsetzung des Beschlusses ist vorgesehen, am 2. Mai 2024, 18.00 Uhr eine abschließende Veranstaltung mit einer Dauer von 3 bis 3 ½ Stunden durchzuführen, um das Alltagsgeschäft, die Herausforderungen und den Umgang näher zu erläutern. Entsprechende Einladungen wurden versandt.

5.2 Berichterstattung zum Beschluss des Antrages "Arbeitsgruppe "Golmer Mitte" zur Umsetzung der im Rahmenplan Golm 40 aufgezeigter Handlungsfelder und Maßnahmen (DS 23/SVV/0357) - Ergebnisse der Voruntersuchung

zur Kenntnis genommen

Herr Brinkkötter (Bereich Stadtraum Süd-West) berichtet über den Stand der Umsetzung des Beschlusses zur Arbeitsgruppe „Golmer Mitte“. Anknüpfend an den Maßnahmenplan Golm wurden die dort aufgezeigten Maßnahmen, die die Mitte betreffen, mit den Projekten aus dem „Rahmenplan 2024“ zusammengetragen und aktuell sortiert. Aufgrund der veränderten Haushaltslage haben sich auch in dem Geschäftsbereich neue Sortierungen ergeben, die eingearbeitet werden müssen. Die Vielzahl der Projekte in Golm forderte darüber hinaus eine Priorisierung, sodass beispielsweise entschieden wurde, die aktuelle Planung zur Realisierung der Sportanlagen am Kuhforddamm in den Vordergrund zu stellen. Aber auch in der Mitte befinden sich konkrete Maßnahmen bereits in der weiteren Bearbeitung (z. B. die planungsrechtliche Vorbereitung der internationalen Schule). Im Anschluss an die Beschlüsse zur Entwicklung der Mitte Golms (DS 24/SVV/0024 bis -0026) werden auf der Grundlage des neuen Beschlusses die Arbeiten mit allen Akteuren gebündelt fortgesetzt.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen

Raumes nimmt die Berichterstattung zur Kenntnis.

5.3 Information zu Golm Nord - Zustimmungsverfahren LSG

zur Kenntnis genommen

Herr Wolfram (Fachbereich Stadtplanung) informiert zur Mitteilungsvorlage, die am 10.04.2024 in die Stadtverordnetenversammlung eingebracht wird und geht auf einzelne Rückfragen ein. Die Präsentation ist zum TOP im Ratsinformationssystem eingestellt.

Herr Rubelt informiert über die Rückmeldungen der Institutsleiter Golm, wie wichtig es sei, dass den dort tätigen Wissenschaftler/Innen vor Ort auch Wohnraum zur Verfügung gestellt wird.

Herr Rubelt bittet ergänzend, die integrierte Planung jetzt nicht zu segmentieren und Fragen vorwegzustellen. Die Verwaltung wird versuchen, die Aufarbeitung bis September 2024 vorzunehmen.

Anlage 1 Präsentation (öffentlich)

6 Informationen zu Nachfragen von Ausschussmitgliedern

6.1 Sachstand Kino Charlott (Frau Dr. Günther)

zur Kenntnis genommen

Herr Franke (Fachbereich Bauen, Denkmalschutz, Vermessung und Geoinformation) führt zum Sachstand aus. Nach wie vor gebe es keine Bereitschaft des Eigentümers, sein Vorhaben im größeren Rahmen vorzustellen. Auf Rückfragen geht Herr Franke ein.

6.2 Zwischenbericht zum Sachstand Weihnachtsmarkt (Frau Dr. Günther)

zur Kenntnis genommen

Frau Hüneke beantragt entgegen der Geschäftsordnung zuerst die Berichterstattung der Verwaltung anzuhören und anschließend die beantragten Rederechte.

Der Vorsitzende stellt die Abweichung von der Geschäftsordnung zur Abstimmung:

Abstimmungsergebnis: mit 5:0:2 angenommen.

Herr Frerichs (Wirtschaftsförderung) informiert anhand einer Präsentation, welche im Ratsinformationssystem dem TOP als Anlage beigefügt wird, über die geplante Online-Umfrage und deren Inhalt. Ziel sei es, ein weiteres vertiefendes Meinungsbild zu erhalten.

Herr Friederich (AG Innenstadt) nimmt das Rederecht wahr und dankt der LHP und dem HPI für den im März durchgeführten Workshop. Dadurch sei es gelungen, die vielen Aspekte aus dem Workshop in den Fragebogen einzubringen, so dass man sich auf die Ergebnisse der Online-Befragung freue.

Frau von La Chevallerie (Gewerbetreibende Innenstadt) nimmt das Rederecht wahr und äußert, dass sie für eine große Anzahl von Gewerbetreibenden spreche. Sie stellt dar, dass sich die Belange der Gewerbetreibenden vor Ort in keiner Weise in dem vorgestellten Fragebogen wiederfinden. Weder die Barrierefreiheit, zugestellte Schaufenster, Konkurrenz vor Ort, Wegnahme von Stellplätzen noch die Sicherheitslage durch abgestellte Transporter werden in dem Fragebogen angesprochen bzw. hinterfragt. Sie macht aufmerksam, dass es Weihnachtsmarktmessen geben würde und das Niveau von Weihnachtsmärkten in anderen Städten auf einem höheren Stand wäre. Zudem empfiehlt Frau von La Chevallerie eine offene Ausschreibung durch die Landeshauptstadt Potsdam.

In der sich anschließenden Diskussion wird u.a. kritisiert, dass die Fotodokumentation der Originaldaten aus dem Workshop nicht zur Kenntnis gegeben worden ist. Informiert wurde nur über das Fazit aus dem Workshop. Der Fragebogen wird für zu umfangreich gehalten, zu viele Detailfragen könnten zum vorzeitigen Abbruch der Beantwortung führen. In Bezug auf die Ausführungen von Frau von La Chevallerie schlägt Herr Jäkel vor, dem Fragebogen ein Zusatzblatt mit Fragen an die ansässigen Gewerbetreibenden / Einzelhändler der Brandenburger Straße beizufügen, um ein qualifiziertes Meinungsbild sowohl über die Kundeninteressen als auch über die Interessen der Gewerbetreibenden zu erhalten.

Frau Hüneke erinnert an den Antrag ihrer Fraktion, welcher zur nochmaligen Behandlung (am 7. Mai 2024 für die Tagesordnung SBWL vorgemerkt) ansteht. Um eine Beschlussfassung in der Stadtverordnetenversammlung im Mai 2024 zu ermöglichen, ist es notwendig, die Rahmenbedingungen für die Ausschreibung für den Weihnachtsmarkt 2025 zu definieren und transparent darzustellen.

Anlage 1 TOP 6.2-Weihnachtsmarkt-Vorschau_Fragenkatalog (öffentlich)

7 Sonstiges

Frau Reimers erkundigt sich nach der Umwehrung auf dem Dach-Schulhof der Michael-Ende-Schule, insbesondere zur Frage, inwieweit die im Bebauungsplan festgelegte maximale Höhe einer Erhöhung des Zaunes entgegensteht.

Herr Franke (Fachbereich Bauen, Denkmalschutz, Vermessung und Geoinformation) informiert über die gegebenen Bedingungen.

Information zum Sachstand Spezialbaugelände Nuthetal

Herr Wolfram (Fachbereich Stadtplanung) führt zum Sachstand aus. Die Gemeindevertre-

tung Nuthetal hat in Ihrer Sitzung vom 21.03.2024 mit mehrheitlichem Beschluss den Aufstellungsbeschluss zum B-Plan 19 a: „Wohnbebauung am Bahnhof in Bergholz-Rehbrücke“ aufgehoben. Die zwischenzeitlich geprüfte Wohnentwicklung wird damit nicht mehr weiterverfolgt. Belange der Landeshauptstadt Potsdam (LHP) (v.a. Entwicklungsmöglichkeiten und Erhalt des Industrie- und Gewerbegebiets Potsdam Süd) sind daher nicht mehr durch die Planung der Nachbargemeinde gefährdet.

Mit Beschluss 1241/23 zum B-Plan 19: „Gewerbegebiet am Bahnhof Potsdam-Rehbrücke“ wurde in der gleichen Sitzung zudem klargestellt, dass die Nutzung des zwischenzeitlichen Geltungsbereiches des Planverfahrens 19a künftig „überwiegend als Gewerbe oder Gemeinbedarfsfläche geplant werden“ soll. Diese Nutzung wird ausdrücklich schon seit Jahren durch die LHP unterstützt. Dazu soll kurzfristig eine Kontaktaufnahme und möglichst umfassende interkommunale Unterstützung erfolgen.

Herr Wolfram (Fachbereich Stadtplanung) informiert über die Einwohnerversammlung „Runder Tisch -Erneuerbare Energien“ in Uetz zum Bebauungsplan Nr. 181 „Erneuerbare Energien Uetz“ mit paralleler Änderung des Flächennutzungsplanes (30/24):

Einwohnerversammlung „Runder Tisch –Erneuerbare Energien Uetz“, am 17.04.2024, um 18:00 Uhr, Uetzer Dorfstraße 8, 14476 Uetz.

Nachfrage von Frau Dr. Günther zum Gestaltungswettbewerb Uferweg Griebnitzsee

U.a. interessiert sie, welche Kosten für den per Beschluss beauftragten Gestaltungswettbewerb am Uferweg Griebnitzsee einzuplanen sind? Wieso die Mittel dafür jetzt nicht mehr zur Verfügung stehen? Wofür die für den Gestaltungswettbewerb eingeplanten Mittel stattdessen verwendet werden? Wie das weitere Vorgehen zur Beschlussumsetzung vorgesehen ist?

Herr Rubelt geht kurz darauf ein und bittet die Diskussion zum, morgen auf der Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung stehenden, entsprechenden Dringlichkeitsantrag abzuwarten.

Vorsitz:

Lars Eichert

Protokollführung:

Viola Kropp